

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 6. November 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16, 17	Kuhlwein, Eckart (SPD)	39, 40
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	11, 45	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	30, 31
Blunck, Lilo (SPD)	6, 44	Dr. Luft, Christa (PDS)	7, 8
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	14, 15	Mehl, Ulrike (SPD)	22, 23
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS)	12, 13	Oesinghaus, Günter (SPD)	4, 5
Erler, Gernot (SPD)	28, 29	Dr. Olderog, Rolf (CDU/CSU)	18, 19
Gansel, Norbert (SPD)	2, 3	Probst, Simone (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	25, 26
Graf, Angelika (Rosenheim) (SPD)	36	Rennebach, Renate (SPD)	37, 38
Heinrich, Ulrich (F.D.P.)	20, 21	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	32, 33
Hiksch, Uwe (SPD)	34, 35	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Hoffmann, Jelena (Chemnitz) (SPD)	47, 48	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid (SPD)	41, 42
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	43, 46	Wallow, Hans (SPD)	1, 27
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	9, 10		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	8
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|--|---|
| 1. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wie sehen die konkreten Planungen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hinsichtlich der späteren Aufteilung der Leitungsebene des Bundesministeriums zwischen erstem (Bonner) und zweitem (Berliner) Dienstsitz aus? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Welche sicherheitspolitischen Überlegungen haben die Bundesregierung bewogen, für die Teilstreitkraft Marine die Bezeichnung „Deutsche Marine“ anstelle der traditionellen Bezeichnung „Bundesmarine“ einzuführen, und wie ist der zuständige Bundestagsausschuß über solche Umbenennungen informiert worden? |
| 3. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Zu welchen praktischen Auswirkungen hat die Einführung der Bezeichnung „Deutsche Marine“ bei Uniformen, Beschriftungen, Schriftverkehr u. ä. geführt, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um auch im allgemeinen Sprachgebrauch die vertraute Formulierung „Bundesmarine“ durch die verordnete Bezeichnung „Deutsche Marine“ zu ersetzen? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post
und Telekommunikation**

- | | |
|--|---|
| 4. Abgeordneter
Günter
Oesinghaus
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Post AG im rechtsrheinischen Köln, in Leverkusen, Aachen, Düren, Euskirchen, Gummersbach und Jülich 4 700 Dienstwohnungen verkaufen will (siehe Kölner-Stadt-Anzeiger vom 18. Oktober 1996), und wenn ja, wie paßt das zu |
|--|---|

der von der Bundesregierung abgegebenen Erklärung zur Wohnungsfürsorge bei posteigenen Wohnungen (Drucksache 12/8060, S. 186), mit der u. a. ausdrücklich beabsichtigt ist, „daß nicht nach Bildung der Aktiengesellschaften eines der Unternehmen einen Teil der posteigenen Wohnungen verkauft“?

5. Abgeordneter
**Günter
Oesinghaus**
(SPD)

Wie will die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Erklärung zu § 21 Wohnungsfürsorge (Drucksache 12/8060, S. 186) eine sozialverträgliche Förderung in angemessenem Umfang sicherstellen, so daß den Mieterinnen und Mietern der Postwohnungen keine negativen rechtlichen Auswirkungen auf die Preisbindung vorhandener Postwohnungen entsteht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

6. Abgeordnete
**Lilo
Blunck**
(SPD)

Welche verbraucherrelevanten EU-Richtlinien, z. B. in den Bereichen „Neue Medien“ (Informationsgesellschaft), Zahlungsverkehr, Wertpapierhandel, Kosmetik, Produktsicherheit u. a. m., sind innerhalb der vorgegebenen Fristen von der Bundesrepublik Deutschland noch nicht in geltendes Recht umgesetzt?

7. Abgeordnete
**Dr. Christa
Luft**
(PDS)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bäckereien im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gefördert werden, und wie beurteilt die Bundesregierung die Förderung von gewerblichen Unternehmen, die eigentlich für einen Absatz in einer Region charakteristisch sind, innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe?

8. Abgeordnete
**Dr. Christa
Luft**
(PDS)

Welche gleichwertigen Fördermaßnahmen (in der Einfachheit sowie im Umfang und in der Art der Förderung) stehen Bäckereien und anderen gewerblichen Unternehmen, die eigentlich für einen regionalen Absatz in besonderer Weise charakteristisch sind, offen, und welche Erfahrungen gibt es dazu?

9. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung tatsächlich einen sog. Bonner Usus, daß Bezüge aus dem Bundeshaushalt der Geheimhaltung unterliegen, denn die Generalkommissarin der EXPO 2000, Birgit Breuel, hat im ARD-Morgenmagazin am 18. Oktober 1996 auf die Frage, warum sie bisher dem Haushaltsausschuß eine Auskunft über die Höhe ihrer Bezüge aus dem Bundeshaushalt verwehre, geantwortet: „Das ist ein Bonner Usus...“?

10. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)

Welche gesetzlichen Regeln des Datenschutzes berechtigten Birgit Breuel nach Auffassung der Bundesregierung gegenüber Mitgliedern des Haushaltsausschusses dazu, die Vorlage des ihrer Arbeit zugrundeliegenden Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Bundesregierung sowie Angaben über die Höhe ihres Honorars zu verweigern, denn auf Nachfrage des Moderators: „Ist es tatsächlich ein Bonner Usus, daß die Gehälter nicht preisgegeben werden?“ antwortete die Generalkommissarin: „Es gibt ja auch so was wie Datenschutz, das ist ja etwas, was ja viele sehr hochhalten und insofern ist dieser Usus in der Tat vorhanden“, und beabsichtigt die Bundesregierung, in irgendeiner Art und Weise zu reagieren?

11. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, ähnlich wie Frankreich, eine gesetzliche Regelung vorzubereiten, die den Verkauf von Milch und Milchprodukten als Lockvogelangebote zu Dumpingpreisen verhindert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

12. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS)

Welchen Stand hat die Bundesverkehrswegeplanung zur A 10, insbesondere zur Abfahrt/Ortsumgehung Michendorf?

13. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS)

Wann und mit welchem Ergebnis wurden im Rahmen der Bundesverkehrswegeplanung nach 1990 Verkehrszählungen im Bereich der Autobahnabfahrt Michendorf (A 10), der Ortsdurchfahrt Michendorf, des Ortsausgangs Michendorf und des Ortseingangs Potsdam-Leipziger Straße unter besonderer Ermittlung des Ziel- und Quellenverkehrs durchgeführt?

14. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Entschärfung der vor allem für Kinder immer gefährlicher werdenden Verkehrssituation an der B 16 – insbesondere in den Ortsteilen Ober- und Unterhausen – zu ergreifen, nachdem die Bundesstraße aufgrund ihres Ausbaus zwischen Ulm und Regensburg zu einem „Autobahnersatz“ vor allem für Lastwagen im West-Ostverkehr geworden ist?

15. Abgeordneter
**Hans
Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)**

Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere für die Ortsumgehung Ober-/Unterhausen der B 16, die im Bundesfernstraßenplan unter vordringlichem Bedarf aufgenommen ist, bereits jetzt nichtverbrauchte Restmittel und spätestens im nächsten Fünfjahresplan die fehlenden Finanzmittel für die Aufnahme der Baumaßnahmen bereitzustellen?

16. Abgeordnete
**Gila
Altmann
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**

Stimmt die Bundesregierung damit überein, daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Manfred Carstens, die Ergebnisse der 1992 erstellten Studie zu Umweltauswirkungen des geplanten Ennert-Tunnels gegenüber dem Parlament falsch darstellt, indem er das Ergebnis der Studie „Bei allen Alternativen verbleiben erhebliche und nachhaltige nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen i. S. von § 4 LG. Daher ist insbesondere aufgrund der zu erwartenden Beeinträchtigung des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes sowie der Wohnbevölkerung durch die B 56n-Varianten die Nullvariante zu bevorzugen. Die Verkehrsprobleme in der Ortsdurchfahrt Ittenbach (L 331) könnten durch eine kleinräumige Umgehung mit Tunnelführung durch den Oelberg lösbar sein“, (Froelich & Sporbeck: UVS B 56n Ennert, S. 20f., u. a. General-Anzeiger vom 29. Februar 1996, 26. Oktober 1996) auf die im Protokoll vom 9. Oktober 1996, 11395 A, dokumentierte Aussage „In einer Umweltverträglichkeitsstudie aus dem Jahre 1992 [...] ist festgestellt worden, daß dieser Straßenzug aus Umweltgründen zu befürworten ist“ reduziert, und diese Aussage in einer Erklärung gegenüber der Presse nochmals bestätigt: „Die Nullvariante wird daher nicht für vertretbar gehalten. Dies hat auch der Gutachter Froelich und Sporbeck berücksichtigt.“ (Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs vom 23. Oktober 1996, Bezug u. a. Bonner Rundschau vom 24. Oktober 1996, General-Anzeiger vom 26. Oktober 1996), und falls nicht, wieso nicht?

17. Abgeordnete
Gila Altmann (Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vom Verkehrsforum Bonner Bürgerinitiativen erhobenen Forderung nach Rücktritt des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr, Manfred Carstens, da dieser „den gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Unwahrheit“ gesagt habe, wie dies das Verkehrsforum Bonner Bürgerinitiativen auch in einem Schreiben vom 23. Oktober dieses Jahres an die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Rita Süssmuth, bekräftigt: „Diese Erklärung (die Umweltverträglichkeitsstudie von 1992 komme zu dem Ergebnis, daß der Straßenzug aus Umweltgründen zu bevorzugen sei) ist unwahr“ (u. a. GA vom 26. Oktober 1996, Presseerklärung des Verkehrsforums Bonner Bürgerinitiativen vom 23. Oktober 1996), oder wie begründet die Bundesregierung ihren Verzicht auf Konsequenzen?
18. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung eine mögliche Anwendung des „Seewachsystems“ auf den neuen deutschen Fährschiffen der Vogelfluglinie zwischen Puttgarden und Rödby hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Sicherheit von Verkehr, Schiffsbesatzung und Fahrgästen, und wie ist zu bewerten, daß die Besatzungen der Fährschiffe ihre regelmäßigen Ruhepausen nicht an Land, sondern an Bord verbringen müßten?
19. Abgeordneter
Dr. Rolf Olderog
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung sicherheitsrelevante Auswirkungen des „Seewachsystems“ auf das eingesetzte seemännische Personal, z. B. durch fehlende Erholung, Beeinträchtigung der Aufmerksamkeit und Konzentration, Überbeanspruchung, physische Erschöpfung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

20. Abgeordneter
Ulrich Heinrich
(F.D.P.)
- Warum läßt das Diskussionspapier des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu einer Bioabfall- und Kompostverordnung (Stand: 24. Mai 1996) bei der Düngung mit Kompost höhere Schadstofffrachten als die geltende Klärschlammverordnung zu, und warum liegen die im Diskussionspapier vorgeschlagenen Schadstoffgrenzwerte in mehreren Fällen 50% oberhalb der Schadstoffgrenzwerte des baden-württembergischen Komposterlasses?

21. Abgeordneter
**Ulrich
Heinrich**
(F.D.P.)
- Sind der Bundesregierung die Ergebnisse einer Studie der Universität Tübingen im Auftrag des Umweltministeriums Baden-Württemberg über den Einsatz eines Metalldetektors zur Erkennung von Biotonnen mit Störstoffen bekannt, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Vermeidung von Fehlwürfen (z. B. Metallen, Kunststoff, Glas und Altmedikamenten) zu ergreifen?
22. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Ist es richtig, daß es hinsichtlich der Größe des geplanten Naturschutz-Schwerpunktprojektes „Kossau“ in Schleswig-Holstein entgegen den Äußerungen von Staatssekretär Erhard Jauck im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages am 25. September 1996 keine Differenzen zwischen dem Bundesamt für Naturschutz und dem Ministerium für Umwelt in Schleswig-Holstein gibt, und wenn ja, welche anderen naturschutzfachlichen Gründe sprechen gegen eine Bewilligung der Mittel für dieses Projekt?
23. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche naturschutzfachlichen und haushaltsfachlichen Prüfungen stehen für das Projekt „Kossau“ bis zur Bewilligungsreife noch aus, und welchen Beitrag soll der von Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Angela Merkel, angestrebte Besuch im Projektgebiet zur Klärung der offenen Fragen leisten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

24. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche denkbare Entsorgungsvariante bevorzugt die Bundesregierung für die Brennelemente des Schnellen Brüters in Kalkar?

25. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung zu den Plänen der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft (SBK), Brennelemente des Schnellen Brütters an die US-Firma Advanced Nuclear & Medical Systems (ANMS) abzuschieben, vor dem Hintergrund, daß ANMS die Brennelemente in einem Reaktor einzusetzen gedenkt, mit dem auch Tritium für das US-Atomwaffenprogramm produziert werden soll (s. Frankfurter Rundschau vom 21. Oktober 1996)?
26. Abgeordnete
Simone Probst
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die SBK die Bundesregierung über ihre Pläne und ihre Verhandlungen mit ANMS informiert, und wenn ja, wann?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

27. Abgeordneter
Hans Wallow
(SPD)
- Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus den Fehlern bei der Katastrophenhilfe in Ruanda und Zaire im Sommer 1994 gezogen, und welche konkreten Veränderungen sind seither eingeleitet worden?
28. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung in Nutzung ihrer guten Beziehungen zur Regierung von Ruanda unternommen, um Ruanda zur Teilnahme an einer Regionalkonferenz zur Lösung der Krise im Osten von Zaire zu bewegen?
29. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Initiativen hat die Bundesrepublik Deutschland bisher unternommen, um die Vereinten Nationen oder andere internationale Institutionen dabei zu unterstützen, die Kampfhandlungen im Bereich des Dreiländerecks Ruanda – Burundi – Zaire, bei denen schon mehr Opfer zu beklagen sind als im gesamten Jugoslawien-Konflikt, zu unterstützen, und welche weiteren Initiativen wird sie hierzu noch ergreifen?
30. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Über welche Instrumentarien zur Durchsetzung elementarer Menschenrechte denkt die Bundesregierung nach, und welche Sanktionsmöglichkeiten gedenkt die Bundesregierung bei eklatan-

ten Ungleichbehandlungen von Frauen, insbesondere islamischen Staaten gegenüber, anzuwenden (Streichung von Kreditzusagen, Einflußnahme auf den Stopp von Krediten der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds)?

31. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Was hat der von der Bundesregierung eingesetzte Krisenstab in der Frage der in Kaschmir festgehaltenen Geiseln unternommen, nachdem einer Erklärung des Chefministers des indischen Bundesstaates Jammu und Kashmir, Farooq Abdulah, vom 20. Oktober d. J. zu entnehmen war (s. dpa-Meldung vom 24. Oktober 1996), daß die Geiseln weiterhin am Leben und in der Gewalt der kaschmirischen Geiselnehmer seien sowie Hinweise auf den möglichen Aufenthaltsort bestünden?

32. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Augenzeugenberichte und Pressedarstellungen bekannt, nach denen die Polizeikräfte der Republik Südafrika in zunehmendem Maße mit großer Brutalität sowie unter Verstoß gegen die Menschenrechte gegen Einzelpersonen und Menschenansammlungen vorgehen?

33. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung sachgerechte Polizeiausbildungshilfen für Südafrika oder, wenn dies in der laufenden Polizeiausstattungshilfepériode nicht mehr möglich sein sollte, wenigstens einen intensiven polizeilichen Erfahrungsaustausch mit Südafrika, um einen wirksamen Beitrag zur Demokratisierung der dortigen Polizei- und Ordnungskräfte zu leisten?

34. Abgeordneter
**Uwe
Hicksch**
(SPD)

Was will die Bundesregierung unternehmen, um die Spannungen auf Zypern abzubauen und insbesondere die Beendigung der völkerrechtswidrigen Besetzung Zyperns durch türkische Truppen zu verhindern?

35. Abgeordneter
**Uwe
Hicksch**
(SPD)

Was hält die Bundesregierung von dem Vorschlag des Präsidenten der Republik Zypern von einer vollständigen Demilitarisierung in Zypern auf beiden Seiten einschließlich des Abzugs der türkischen Besatzungstruppen und der Garantie der Sicherheit beider Volksgruppen durch eine Vergrößerung der Internationalen Friedenstruppen unter dem Oberbefehl der VN, deren Kosten von der Republik Zypern getragen werden?

36. Abgeordnete
Angelika Graf
(Rosenheim)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die türkischen Militärbehörden aufzufordern, der internationalen Öffentlichkeit eine lückenlose Aufklärung über die Umstände des Anschlags auf zwei türkische Soldaten kurdischer Herkunft an der Grenze zur britischen Basis Dekelia auf Zypern zu geben und die Untersuchungen der britischen Polizeibehörden in der britischen Basis in Dekelia mit Beweismaterial und vollem Zugang zu den Untersuchungen, insbesondere zu dem überlebenden Opfer, durch die türkischen Militärbehörden zu unterstützen?
37. Abgeordnete
Renate Rennebach
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Gelegenheit des Besuches des Staatspräsidenten der Türkei Demirel nutzen, um ihn zur Unterstützung und Implementierung der VN-Resolutionen zu Zypern aufzufordern, die eine gerechte Lösung des Zypernproblems, insbesondere die Überwindung der Teilung Zyperns, verlangen und deren Erfüllung ohne Zweifel der Türkei helfen werden, ein besseres Verhältnis zu ihren Nachbarn und zur Europäischen Union aufzubauen, was in unserem gemeinsamen Interesse liegt?
38. Abgeordnete
Renate Rennebach
(SPD)
- Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung die Europäische Union, die auf dem Gipfel in Cannes entschieden hat, mit den Beitrittsverhandlungen von Zypern sechs Monate nach der Beendigung der Regierungskonferenz zu beginnen, unterstützen, den Vorbereitungsprozeß für den Eintritt Zyperns in der kommenden Erweiterung der Europäischen Union erfolgreich zu gestalten?
39. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ermordung eines weiteren griechischen Zyprioten durch Vertreter der türkischen Besatzungsmacht an der Grenze zwischen beiden Teilen Zyperns am 13. Oktober 1996, und in welcher Weise hat sie öffentlich und/oder bei den Behörden des NATO-Partners Türkei dagegen protestiert?
40. Abgeordneter
Eckart Kuhlwein
(SPD)
- Läßt sich aus der Tatsache, daß die türkischen Truppen in Zypern von der Friedenstruppe der Vereinten Nationen (UNFICYP) ausdrücklich aufgefordert wurden, die Soldaten anzuweisen, nur dann von der Schußwaffe Gebrauch zu machen, wenn das eigene Leben bedroht sei, nach Auffassung der Bundesregierung schließen, daß es auf der türkischen Seite bis heute einen

Schießbefehl bei Grenzverletzungen durch griechische Zyprioten gibt, und wie reagiert die Bundesregierung darauf vor dem Hintergrund möglicher Menschenrechtsverletzungen?

41. Abgeordnete
**Dr. Sigrid
Skarpelis-Sperk**
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung darauf, daß ein möglicherweise bestehender Schießbefehl für die türkischen Besatzungstruppen auf Zypern in den letzten zwei Monaten zu zwei Todesopfern von unbewaffneten Zypren geführt hat, und insbesondere darauf, daß eines der Opfer nach seiner Festnahme durch zwei türkische Militärposten abgeführt und danach in Anwesenheit eines hinzugekommenen türkischen Offiziers mit drei Schüssen getötet und anschließend vier Stunden lang liegengelassen wurde, wobei die Hilfe einer britischen Ambulanz sowie von VN-Friedenstruppen abgelehnt wurde, und bei der Obduktion durch die türkischen Militärbehörden Teile des Leichnams entfernt wurden, so daß die genauen Umstände seines gewaltsamen Todes durch einen Londoner Gerichtsmediziner der vonseiten der zypriischen Regierung hinzugezogen worden war, nicht mehr ermittelt werden konnten?

42. Abgeordnete
**Dr. Sigrid
Skarpelis-Sperk**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Presseverlautbarung des Kommandeurs der VN-Friedenstruppen auf Zypern vom 14. Oktober 1996, in der dieser den Kommandeur der türkischen Truppen in den „stärkst möglichen Worten“ öffentlich aufgefordert hat, „die Soldaten unter seinem Kommando zu instruieren, nicht zu schießen, es sei denn, ihr eigenes Leben wäre bedroht“, und ist die Bundesregierung bereit, den türkischen Staatspräsidenten Demirel anlässlich seines Besuches in Bonn aufzufordern, den möglicherweise bestehenden Schießbefehl für die türkischen Truppen an der innerzyprischen Demarkationslinie in dem vom UNFICYP-Kommandeur geforderten Sinne abzuschaffen, und vom türkischen Militär die Anwendung der in den übrigen NATO-Ländern üblichen militärischen Regeln zur Grenz- und Objektsicherung zu verlangen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

43. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem durch Moskau rehabilitierten Fürstenhaus Sachsen-Meiningen die während der sowjetischen Besatzungszeit enteigneten Güter zurückzugeben?

44. Abgeordnete
Lilo Blunck
(SPD)
- Ist im Haushaltsentwurf 1997 oder in den Beratungen des Haushaltsausschusses Vorsorge für mögliche Schadenersatzforderungen getroffen worden, oder müssen die durch die Nichtumsetzung der EG-Pauschalreise-Richtlinie jetzt schon zu erwartenden 20 Mio. DM (s. Antwort auf die Fragen 5, 6 in Drucksache 13/5771) sowie durch verspätete Umsetzung anderer Richtlinien weitere mögliche Schadenersatzforderungen durch außerplanmäßige Ausgaben abgedeckt werden?
45. Abgeordneter
Dietrich Austermann
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist im Bundesdurchschnitt der letzten zehn Jahre die Zahl der Gewalttäter, die nach vollständiger Verbüßung der ausgeurteilten Haftstrafe, nach vorzeitiger Entlassung auf Bewährung oder während des Hafturlaubes erneut als Gewalttäter strafbar geworden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

46. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang (Angaben in ha) hat die Bundesrepublik Deutschland seit dem 3. Oktober 1990 Grundstücke, die in der Zeit von 1945 bis 1949 in der früheren Sowjetischen Besatzungszone Privateigentümern weggenommen worden sind, aus sog. Volkseigentum der DDR bis jetzt übernommen?
47. Abgeordnete
Jelena Hoffmann
(Chemnitz)
(SPD)
- Welche Möglichkeiten angesichts der katastrophalen Lage des Arbeitsmarktes im Regierungsbezirk Chemnitz und der neuerlichen Konkurswelle der wirtschaftlichen Kernbetriebe sieht die Bundesregierung, den wirtschaftlich gesunden Betrieb „Heckert Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH“ aus der Konkursmasse des Mutterunternehmens „Traub AG“ herauszusondern und zu retten (s. dpa-Meldung vom 28. Oktober 1996)?

**48. Abgeordnete
Jelena
Hoffmann
(Chemnitz)
(SPD)**

Inwieweit besteht nach Ansicht der Bundesregierung die Möglichkeit, eine zeitlich begrenzte Rückführung des Unternehmens „Heckert Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH“ an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben durchzuführen und die zweite Privatisierung aktiv zu unterstützen?

Bonn, den 31. Oktober 1996

